

## Antrag

**der Abgeordneten Oliver Krischer, Fritz Kuhn, Markus Tressel, Kerstin Andreae, Alexander Bonde, Markus Kurth, Dr. Valerie Wilms und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Subventionierten Steinkohlebergbau sozialverträglich beenden**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das Steinkohlefinanzierungsgesetz des Bundes vom 20. Dezember 2007 sieht eine Beendigung des subventionierten Steinkohlebergbaus bis zum Jahr 2018 vor. Bis dahin wollen Bund und das Land Nordrhein-Westfalen noch etwa 14 Mrd. Euro Subventionen für den Steinkohlebergbau bereitstellen.

Konsens ist, dass eine Beendigung des subventionierten Steinkohlebergbaus sozialverträglich vonstatten gehen muss. Aber weitere Steuermilliarden – etwa für einen dauerhaften „nationalen Steinkohlesockel“ wie er von den Fraktionen SPD und DIE LINKE. gefordert wird und in der sogenannten Revisionsklausel des Steinkohlefinanzierungsgesetzes angelegt ist – sind angesichts der Lage der öffentlichen Kassen unverantwortlich. Vor allem aber dürfen durch einen fortgesetzten Bergbau nicht noch immer neue und zusätzliche Altlasten und Ewigkeitskosten produziert werden, denn es erscheint schon heute zweifelhaft, ob die RAG-Stiftung durch die geplante Veräußerung der EVONIK in der Lage sein wird, ausreichende Mittel zur Finanzierung der Altlasten und Ewigkeitskosten aufzubringen.

Die große Koalition im Bund und die ehemalige schwarz-gelbe Koalition in Nordrhein-Westfalen haben es bei ihrer Entscheidung im Jahr 2007, das Ende der Kohlesubventionen erst 2018 herbeizuführen, versäumt, diesen Plan mit den zuständigen europäischen Institutionen abzustimmen – obwohl es eine Zustimmung für ein Fortführen der Subventionen seitens der EU-Kommission nur bis Ende 2010 gab. Vor diesem Hintergrund ist die EU-Kommission in ihrem jüngsten Vorschlag der Bundesrepublik Deutschland entgegengekommen und schlägt nun ein Auslaufen bis 2014 vor. Hierüber muss endgültig der Rat entscheiden.

Die Verantwortung für die Verunsicherung der Bergleute und der betroffenen Kommunen trägt damit die Bundesregierung und die abgewählte schwarz-gelbe Landesregierung in Nordrhein-Westfalen, die sich vorwerfen lassen muss, hier über Jahre hinweg fahrlässig untätig gewesen zu sein. Anstatt sich zunächst um einen Konsens mit der EU-Kommission und eine Mehrheit im Rat zu kümmern, wurde nach dem Motto geplant, Europa hat das zu akzeptieren, was die Bundesrepublik Deutschland entscheidet. Diese arrogante Haltung droht sich nun zu rächen.

Im Jahr 2007 wäre ein sozialverträglicher Ausstieg bis 2014 – wie auch damals vielfach gefordert – sicher möglich gewesen. Das Ausstiegsdatum 2014 wirft

aber heute im Jahr 2010 in Deutschland erhebliche Probleme auf, denn es heißt, die bis heute verbliebenen fünf Bergwerke mit über 25 000 Beschäftigten in nur vier Jahren zu schließen. Wie dieses überhaupt praktisch umsetzbar ist und ob dies für die öffentliche Hand angesichts der zugesicherten Sozialverträglichkeit billiger wird, muss die Bundesregierung zügig prüfen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- Planungssicherheit für alle Beteiligten zu schaffen und den subventionierten Steinkohlebergbau so früh wie möglich, aber sozialverträglich und gleichzeitig kostensparend zu beenden,
- die deutschen Rechtsgrundlagen zur Subventionierung des Steinkohlebergbaus in Übereinstimmung mit den Rechtsgrundlagen der Europäischen Union zu bringen,
- eine Fortsetzung des subventionierten Steinkohlebergbaus über das Jahr 2018 hinaus mit einem dauerhaften, steuerfinanzierten „nationalen Steinkohle-socket“ und eine entsprechende Anwendung der sogenannten Revisionsklausel in § 1 Absatz 2 des Steinkohlefinanzierungsgesetzes auszuschließen,
- stattdessen dem Deutschen Bundestag noch im Jahr 2010 einen Bericht zuzuleiten, der darstellt, wie unter Maßgabe der Sozialverträglichkeit eine frühere Beendigung des Steinkohlebergbaus zu erreichen ist,
- umfassende Transparenz zur Verwendung der Steinkohlesubventionen und der Mittel der RAG-Stiftung herzustellen.

Berlin, den 5. Oktober 2010

**Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion**